

nicht im entferntesten eingefallen ist, die persönliche Anspruchlosigkeit Herberts hervorzuheben.

Ein Doppelverdiener

Vor kurzem hat das Reich die deutschen Großschiffahrtsgesellschaften mit vielen Millionen Mark sanieren müssen. Zu ihnen gehört auch die Hamburg-Amerika-Linie, an deren Spitze der frühere Reichszugler Dr. Cuno steht. Als Generaldirektor bezieht er ein Gehalt von 150 000 M. jährlich, daneben hat er aber noch eine Pension von rund 28 000 M. Hat man davon gehört, daß die bürgerliche Presse Herrn Dr. Cuno aufgefordert hätte, zum mindesten auf seine Pension zu verzichten? Hat man davon gehört, daß die Herren Generaldirektoren und Direktoren der Schiffahrtsgesellschaften mit ihren Gehaltsansprüchen wesentlich heruntergegangen sind oder daß die Reichsregierung, gestützt auf ihre eigene Notverordnung, das als Vorbedingung für die Geldhergabe gemacht hätte? Nichts davon; aber wir stellen auch hier die Frage, welches heuchlerische Gesicht entstanden wäre, wenn es sich hierbei um Sozialdemokraten gehandelt hätte.

Im Zeichen des Hakenkreuzes

Die höchste Moral solcher Art findet man, wie kann es anders sein, bei den Nationalsozialisten. Dabei hat es kaum je eine Bewegung gegeben, in der die Korruption, das Geldmachen und die Schiebung eine so große Rolle spielen, wie das im Zeichen des Hakenkreuzes geschieht.

An der Spitze der „Drafi“ Adolf Hitler mit einem Millionenvermögen unkontrollierbarer Herkunft. Daneben Tausende von Penzen und Mönzchen mit Ministergehältern, fürstlichen Reispelzen, Luxusautomobilen und „braunen“ Palästen. Eine Privatarmee von mehreren hunderttausend Mann, deren Bekleidung und Verpflegung Millionen und aber Millionen verschlingt. In dieser Zeit des Massenlebens verbraucht der Parteiparat der Nationalsozialisten ganz ungeheure Summen, und es gibt keinerlei Kontrolle über die Quellen, aus denen sie fließen, es dringt kein Licht in die Skandale, durch die sie wieder abströmen. Jetzt erklärt es sich, warum Herr Ernst Röhm „Stabchef“ des Herrn Hitler bleiben muß, trotz seinen Briefen aus Palästina. Er gehört zu dem Kreise der Wissenden!

Die Gehaltshälter der Sowjetbeamten

Aber auch die kommunistische Partei hat jene Tugendbehalte, die nicht oft genug über die hohen Gehälter getoren können. Freilich nur dann, wenn es sich um Sozialdemokraten handelt. In der kommunistischen Presse hat man aber noch nie etwas davon gelesen, daß der Frankfurter Stadtbaumeister May mit einem Jahresgehalt von 150 000 M., davon die Hälfte in guten Dollars zahlbar, nach Moskau engagiert worden ist. Man liest auch dort nichts von den Gehältern der Sowjetvertreter im Ausland, von den prunkvollen Festlichkeiten, die beispielsweise der russische Volkshüter in Berlin veranstaltet. Die kommunistische Verleumdung darf zwar von Zeit zu Zeit eine Gegenüberstellung des Gehalts eines preußischen Ministers mit der Unterhaltung eines Arbeitslosen ziehen; aber die Redakteure der kommunistischen Presse hüben sich wohl, etwa einen Vergleich zwischen den außerordentlich hohen Gehältern der Leiter der russischen Auslandsgefellschäften und der arbeitenden Menschen in Sowjetrußland zu ziehen.

Wir könnten diese Beispiele so weiterziehen, wenn es einen nicht geradezu ansehnliche, den Deutschen der Rechts- und der kommunistischen Presse auf das Gebiet persönlicher Auseinandersetzungen zu folgen. Wir wissen, daß man den „Parteiuchbeamten“ nennt, aber den Arbeiter meint. Hinter den Angriffen auf einzelne Männer steht der Wunsch, die ganze Bewegung zu treffen. Und darum ist es notwendig, den „nationalen“ und den kommunistischen Sittenrichtern zu sagen, daß sie zunächst einmal den Dreck vor ihren eigenen Türen forträumen sollten. E. P.

Der Putzschiff läuft zum Rabi

Er will die Verbreitung der Wahrheit verbieten

S. Kiel, 4. April. (Eig. Drohtbericht.)

Am Zusammenhang mit den Veröffentlichungen der bannerrichten amtlichen Pressestelle über die Putzschiffabsichten der Nationalsozialisten ist interessant, daß Hitler gegen den Hauptschriftleiter der sozialdemokratischen Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, Wurbis, vor dem Amtsgericht in Kiel den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragt hat, nach der dem genannten Blatt bei Vermeidung einer Geldstrafe von 2000 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung die Behauptung untersagt wird, daß Hitler den Bürgerkrieg vorbereitet, eine Putzschiffreise gegeben habe und die Nationalsozialisten nach dem Siege Hitlers am 13. März die Absicht gehabt hätten, Waffen und Lebensmittel zu requirieren, die öffentlichen Gebäude zu besetzen und die öffentlichen Kassen nicht zu veranlassen.

Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung hatte auf Grund der Veröffentlichungen der preußischen Regierung am 18. März festgestellt, daß der Bürgerkrieg von den Nazis bis ins letzte vorbereitet sei und die angebotenen Maßnahmen nur auf eine Anweisung Hitlers zurückzuführen seien. Das Amtsgericht hat den Erlass einer einstweiligen Verfügung ohne mündliche Verhandlungen abgelehnt und Termin auf den 4. April angesetzt. Der beklagte Redakteur wird die persönliche Ladung Hitlers beantragen. Nun soll Hitler beweisen, daß er nicht putzschiffen wollte. Das Material aber für die Putzschiffvorbereitungen ist erdrückend.

Moskau funkt Befehle

D. Berlin, 5. April. (Eig. Funkpr.) Der Komintern-Sender in Moskau wird benutzt, um in den deutschen Wahlkampf einzugreifen. Der Sprecher in Moskau forderte gestern auf, den Hauptkampf gegen die Sozialdemokratie und gegen die Eisernen Front zu richten. Für die Breitenwahl gab er die folgende Parole aus: „Jetzt kommt die Abrechnung mit Braun und Seewering. Höchstes Ziel war, ist und wird sein: Stürzt die jetzige Preußen-Regierung!“ — Moskau wünscht also eine Hitler-Regierung in Preußen. Moskau wünscht, daß die Bevölkerung Preußens genau so terrorisiert werden soll wie in Braunschweig. Die Distrikte in Moskau würden besser tun, sich um die Lage ihrer hungernden Arbeiter zu kümmern, als Wahlkampfbroschüren für Deutschland auszugeben.

Sie errichteten schon Galgen für die Nordluft anzustacheln

Im Odenwald haben die Nazis bei Langen-Brombach vor dem 13. März unter großen Zeremonien und im Weiseln des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Schwinn einen Baum errichtet. Dieser Baum hat zwar keine Äste, dafür aber zwei mit Eisenklammern zusammengehaltene Querbalken. Als Sockel dient diesem Gerüst das noch aus alten Zeiten erhaltene Galgenfundament.

Die Nazis aus Langen-Brombach, vor allem ihre als Säufer und Verbrecher vorbestraften Mitglieder, haben in Erwartung, daß Hitler am 13. März gewählt und das „Dritte Reich“ anbrechen werde, den Baum als Galgen errichtet, von dem allerdings der Herr nationalsozialistische Propagandaleiter bei der Einweihung behauptete, daß er zu klein sei. Man müsse ihn vergrößern,

damit drei Menschen zugleich gehängt werden könnten, denn es gäbe nach dem 13. März viel Arbeit.

Knacktrübsal haben die Nazis aus dem Odenwald erklärt, der Galgen sei nur ein harmloses „Symbol“. Die Bevölkerung des

Odenwaldes war jedoch anderer Meinung. Vor allem die rechtsgerichteten Bürgerlichen und die von den Vogheimer Dokumenten belehrten Bauern und Mittelständler waren es, die die Behörden alarmiert und durch die Gendarmerie die Entzerrung dieses Galgens veranlaßt haben.

Die Rede des Reichszuglers Brüning am Sonnabend, dem Vorabend des zweiten Ganges der Reichspräsidentenwahl, in Königsberg soll auf alle deutschen Rundfunksender übertragen werden. Die Zeit der Übertragung wird noch bekanntgegeben.

Nazi-Epione in der Regierung. In der Westbayerischen Geschäftsstelle der Nazi-Partei wurde bei einer Hausdurchsichtigung u. a. Material beschlagnahmt, das von zwei Regierungsangestellten geliefert worden war. Die Angestellten wurden sofort entlassen. Sie bejahen daraufhin die Freiheit, beim Reichsrat Einspruch gegen ihre Entlassung zu erheben. Der Reichsrat erklärte jedoch seine Einwilligung zu der Entlassung.

Hermann Gerson pleite. Das bekannte Rodenhof-Herzmann-Gesetz in Berlin hat seine Zahlungen eingestellt. Der Verkauf wird weitergeführt. Die Belastung des Unternehmens ist aber derart groß, daß man in Sachkreisen nicht damit rechnet, die alte Firma zu halten.

Beamte und Reichspräsidentenwahl

Zur Haltung des Deutschen Beamtenbundes

Zum ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl hat der Deutsche Beamtenbund keine Stellung genommen. Dieses Verhalten der größten Beamtenvereinsorganisation hat bei den republikanischen Beamten berechtigten Unwillen hervorgerufen. Hatten doch mehrere dem Deutschen Beamtenbund angeschlossene Organisationen gefordert, der Deutsche Beamtenbund möchte die Mitglieder seiner Verbände zur Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg auffordern. Im geschäftsführenden Vorstand des Deutschen Beamtenbundes war hierfür keine Mehrheit zu erzielen.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes, der nach der Reichspräsidentenwahl zu einer Tagung zusammentrat, wich ebenfalls einer klaren Stellungnahme aus. Hierüber wird uns aus Beamtenkreisen geschrieben:

Dem Gesamtvorstand des DBB lag ein Schreiben des Arbeitsausschusses der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse vor, in dem der Vorliegende dieses Arbeitsausschusses an den Deutschen Beamtenbund die Bitte richtete, für den zweiten Wahlgang eine Parole für den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg auszugeben. Mehrere Organisationen, die dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen sind, hatten ebenfalls Anträge gestellt, die forderten, daß der Deutsche Beamtenbund seine Mitglieder für den zweiten Wahlgang unbedingt zur Wahl Hindenburgs auffordern soll. Diese Anträge riefen eine erregte Aussprache auf der Tagung des Gesamtvorstandes hervor. Auf Antrag des Vorsitzenden des Deutschen Lehrervereins wurde beschlossen, zum zweiten Wahlgang des Reichspräsidenten keine Stellung zu nehmen. Hierauf gaben die Organisationen, die sich für die Wahl des

Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg eingesetzt hatten, folgende Erklärung ab:

„Die Haltung des Gesamtvorstandes ist nicht vereinbar mit Sinn und Wortlaut der Satzung und des Programms des Deutschen Beamtenbundes. Wir sehen in dem Umstand, daß der DBB vor parteipolitischen Einflüssen zurückweicht und organisationalistische Überlegungen höher stellt als sein Verkenntnis zum Verfassungsaufbau, eine Verletzung des gewerkschaftlichen Grundgesetzes der parteipolitischen Neutralität. Wir sprechen es mit aller Deutlichkeit aus: die parteipolitische Neutralität muß bei allen Gelegenheiten, dem demokratischen Staat den Todesstoß zu versetzen. Mit dem demokratischen Staat steht und fällt die unabhängige, in freier demokratischer Entwicklung allein mögliche gewerkschaftliche Beamtenbewegung. Wir sind nicht willens, uns in das Joch von Parteiführern zwängen zu lassen, die ihre eigene Listatur an die Stelle eines freien Willens des Volkes herangezogenen Volksovertretens und Regierung setzen möchten. Wir sind auch nicht willens, eine Haltung des DBB, stillschweigend hinzunehmen oder in Zukunft zu dulden, die den noch vor kurzem vom Bundesvorstand mit Zustimmung des geschäftsführenden Vorstandes verkündeten Grundsatzen nicht entspricht.“

Die Haltung des Gesamtvorstandes des Deutschen Beamtenbundes ist den republikanischen Beamten unverständlich. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, dem in aller Öffentlichkeit bereits eine schwächliche Haltung in dieser Angelegenheit vorzuerworfen worden ist, hat den Aufruf des Sach-Ausschusses für die Wiederwahl Hindenburgs unterzeichnet. Zwischen dem programmatischen Verkenntnis des Deutschen Beamtenbundes zur republikanischen Verfassung und seinem Taten besteht ein klaffender Widerspruch, der im Interesse des Staates und des Beamtentums baldmöglichst aufgeklärt werden muß.

Das edle Haus Hohenzollern

Der Fuhrtritt für Hindenburg

Wie wir bereits mitteilten, hat nunmehr auch der ehemalige Kronprinz die Parole für Hitler ausgegeben. Ein keines Kapitel in der Hohenzollerngeschichte, das man nicht untergehen lassen soll! Als Wilhelm Kestler mit im April 1931, verging des Spießers Ders, wenn es den Zimmer des Schiffbrüchigen hörte, der gern wieder in die Heimat wollte. Schließlich erzwangte ihn die Regierung Stressemann die Rückkehr und nahm ihm das Versprechen ab, sich jeder politischen Betätigung zu enthalten. Jetzt greift der Leberjüngling von 50 Jahren in die Politik ein, indem er der Öffentlichkeit mitteilt, warum er nicht für Hindenburg, sondern für Hitler stimmt. Der Öffentlichkeit kann herzlich gleichgültig sein, für wen dieser Leberjüngling stimmt oder nicht.

Der Hitler-Propagandist



„Kein Ehrens Wort? — Wo in meiner Familie der Ehrens Wort vornehmste Tradition ist!“

Aber nicht gleichgültig darf es eine Regierung lassen, daß hier ein gegebenes Ehrenwort gebrochen wird. Was auch einige rechtsstehende Blätter über vermerkt haben.

Und zweitens ist es für das Haus Hohenzollern charakteristisch, wie es den alten Generalfeldmarschall Hindenburg preisgibt. Es wäre nämlich gerade diesem Wanne zu besonderem Dank verpflichtet, denn als Wilhelm nach Holland geflohen war, forderte die Entente bekanntlich seine Auslieferung; damals warf sich Hindenburg in die Breiche und lagte in einer Erklärung an die Entente, daß es ungerade wäre, den ehemaligen deutschen Kaiser jetzt etwa zur Rechenschaft zu ziehen, dafür sei er, Hindenburg, bereit, sich mit seiner ganzen Person der Entente an Stelle des Kaisers zur Verfügung zu stellen.

Heute gibt ihm das Haus Hohenzollern einen Fuhrtritt und entscheidet sich für den deutschböhmischen Oberdemagogen Hitler. Der Hohenzollern-Monarchismus hofft von dem alten Feldmarschall nichts mehr, seitdem er den Eid auf die Weimarer Verfassung nicht mehr gelistet und gehalten, sondern die Verfassung durch die Verteidigung Brüning's sogar geschwächt hat. Darum weg mit ihm, her mit Hitler. Vielleicht hilft er der Monarchie wieder auf die Sprünge. Prinz Kwasi macht ja dafür drüben schon Dienst mit.

Der ehemalige Kronprinz ist nur eine altschäpplige, komische Figur, jedoch dieser Dank vom Hause Hohenzollern müßte auch Monarchisten darüber belehren, welche unwürdiges, charakterloses Zeug in einer Monarchie Herrschaft von Gottes Gnaden werden kann.

Die Gemeinheit feiert Drgien

Weslar, 4. April. (Eig. Drohtbericht.) Der Reichstags-Nationalsozialist Hoffmann verglich in einer Regierungserklärung in Weslar Reichspräsident Hindenburg mit dem Massenmörder Gaermann und nannte Hindenburg einen Massenflüchtler. Anseige gegen Hoffmann ist bereits erlassen.

Ein anderer Naziregner, der Volksbeauftragte a. D. Felsch aus Frankfurt a. M., erging sich in einer Verleumdung im Kreise Hohenlohe in wüsten Angriffen gegen Minister Seewering und Ministerpräsident Braun, ohne daß der überwachende Polizeibeamte gegen ihn einschritt. Dem Minister Seewering unterschob der Verleumder Felsch, daß dieser sich, um die allgemeine Gesundheitsfürsorge von sich abzuwenden, vorher ein „Uebergangsgeld“ von 84 000 Mark habe bewilligen lassen. Der Frau Seewering habe einen Testament veranfaßt, der 44 000 Mark gestiftet habe.

Es gibt keine Gemeinheit, die von den Nazis nicht infiziert wird. Nur muß man sich wundern, daß es trotz aller Erfahrungen immer noch Dumme gibt, die den Köpflingen auf den Heim trieben.